UMSTÜRZENDE GRABSTEINE

Grabdenkmäler haben aufgrund ihres hohen Gewichtes schon sehr schwere Verletzungen herbeigeführt, die vereinzelt sogar zum Tod der verletzten Person geführt haben. Abgesehen von der persönlichen menschlichen Tragödie bei so einem Unfall ist dann die zivil- und strafrechtliche Haftung zu prüfen.

Wer haftet für die Folgen eines umgestürzten Grabsteines:

1) Grundsätzlich haftet der **Eigentümer eines Grabsteines** für dessen sichere Aufstellung

a) nach dem Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über Schadenersatz (§1295 ff)

b) gemäß Art. XIV (1) der Diözesanen Friedhofsordnung 1997

2. Der **Steinmetz** haftet bei nicht sach- und fachgerechter Aufstellung des Grabsteines für seine Arbeit und die seiner Gehilfen (Gewährleistung und Schadenersatz). Da das Rechtsverhältnis nur zwischen Grabnutzungsberechtigten und Steinmetz, nicht aber zwischen Steinmetz und Friedhofsverwaltung besteht, kann nur der Grabnutzungsberechtigte die Behebung der Mängel vom Steinmetz fordern.

3) Der **Friedhofseigentümer** haftet darüber hinaus nach der geltenden Rechtsprechung aufgrund der so genannten **Verkehrssicherungspflicht**.

Demnach ist er verpflichtet, für die Einhaltung der Friedhofsordnung zu sorgen und dass die Grabnutzungsberechtigten ihren Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit den Grabdenkmälern nachkommen. **Die Friedhofsverwaltung hat daher die Grabnutzungsberechtigten mit eingeschriebenem Brief aufzufordern, den ordnungsgemäßen Zustand der Gräber und Grabdenkmäler durch einen befugten Steinmetzbetrieb als Sachverständigen prüfen zu lassen.** Trotz einer bestehenden Haftpflichtversicherung, die allfällige Schadenersatzforderungen, die an die Friedhofsverwaltung gerichtet werden, nach dem **Zivilrecht** abdeckt, verbleibt die **strafrechtlichen Haftung** der Organe der juristischen Person (z.B. Pfarrkirche) wegen grob fahrlässiger Gemeingefährdung, für welche keine Versicherung möglich ist.

4. Aus diesem Grund hat die Friedhofsverwaltung eine **regelmäßige Kontrolle** auf augenfällige Sicherheitsmängel bei Grabdenkmälern durchzuführen. Eine so genannte **Rüttelprobe** durch die Friedhofsverwaltung ist **nicht erlaubt**, da dann behauptet werden könnte, erst dadurch sei das Grabdenkmal locker geworden. Das könnte als Besitzstörung ausgelegt werden!

Stehen Grabsteine schief oder ist (z.B. aufgrund ihres Alters) erkennbar, dass sie nicht mehr standsicher sind, sind die **Grabnutzungsberechtigten mit eingeschriebenem Brief** aufzufordern, binnen einer **Frist von 4 Wochen** den Fehler des Grabsteines durch einen **befugten Steinmetzbetrieb** fachgerecht beheben zu lassen. Gegebenenfalls ist **ein Attest eines Steinmetzbetriebes** der Friedhofsverwaltung binnen einer Frist vorzulegen, dass der Grabstein trotz Wackelns wegen eines ordnungsgemäß angebrachten Sicherungsdornes nicht umstürzen kann. **Eigenmaßnahmen der Grabnutzungsberechtigten jeder Art sich aus Sicherheitsgründen verboten.** Die **Prüfung**, ob Grabsteine wackeln, darf nicht von der Friedhofsverwaltung, sondern **nur von einem Steinmetzbetrieb** vorgenommen werden, da dazu ein technisches **Prüfgerät** erforderlich ist.

Alle diesbezüglichen Kosten sind vom Grabnutzungsberechtigten zu tragen. Im Schreiben an den Grabnutzungsberechtigten ist diesem auch seitens der Friedhofsverwaltung die **kostenpflichtige Ersatzvornahme anzudrohen**, wenn der Aufforderung nicht fristgerecht entsprochen wird.

Bei besonderer Gefahr ist der Bereich um den wackelnden oder schief stehenden Grabstein **abzusperren**.

Nach fruchtlosem Verstreichen der Frist hat die Friedhofsverwaltung den Auftrag an den Steinmetzbetrieb zu erteilen, entweder ein Attest auszustellen, dass die Standsicherheit gegeben ist oder, wenn dies nicht gewährleistet wird, den Sanierungsauftrag zu erteilen. Die anfallenden Kosten müssen gegebenenfalls von der Friedhofsverwaltung beim Grabnutzungsberechtigten im Rechtsweg eingeklagt werden.